

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für  
Kultur u. Medien  
Ausschussdrucksache  
**19(22)26**

24.09.2018

## Änderungsantrag

**der Abgeordneten Brigitte Freihold, Simone Barrientos, Doris Achelwilm, Michel Brandt und der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für Kultur und Medien am 26.09.2018 zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) – BT – Drs. 19/3400**

**Einzelplan: 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**

**Kapitel: 0452**

**Titelgruppe: 03 Stiftung Preußischer Kulturbesitz**

**Titel: 685 31  
Beitrag an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz**

**Seiten: 70-71**

**Ansatz im  
Haushaltsentwurf : 137.517 T€**

**Antrag: Erhöhung des Ansatzes um 40.000 T€ auf 177.517 T€**

### Begründung:

Kulturelle Teilhabe für alle und kulturelle Bildung für alle stellen in Deutschland noch immer nicht die Realität vieler Menschen dar. Das zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der im September 2016 veröffentlichten Studie: „Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche“ der Bertelsmann Stiftung. Gerade im Bereich der kulturellen Bildung kann von Teilhabegerechtigkeit nicht die Rede sein.

Gleiches gilt für die öffentlichen Museen in Deutschland: so zeigt eine Studie der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität für das Folkwang Museum in Essen, dass der Museumsbesuch wesentlich vom Bildungsgrad abhängt. 66,5% der Essener Museumsbesucher hatten einen Hochschulabschluss, 0,6% einen Hauptschulabschluss. Ein Grund für die institutionelle Distanz von Menschen mit niedrigem Bildungsgrad ist die Höhe des Eintrittsgeldes. Öffentliche Museen aber dürfen keine Orte der unsichtbaren Sozial- und Klassenschranken sein.

Um zu erreichen, dass eine Vielzahl von Menschen, Familien mit Kindern, sozial Benachteiligte oder Geflüchtete die Möglichkeit des niedrigschwelligen Zugangs zu

Kultur erhalten, fordern wir – zunächst als ein auf die Häuser der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (SPK) beschränktes Modellprojekt - den Eintritt für die Dauerausstellungen der Staatlichen Museen zu Berlin (SMB) kostenlos zu gewähren.

Der Bund kann so mit gutem Beispiel vorangehen und die Bedeutung öffentlicher Museen als Bildungseinrichtungen für alle zeigen!

Öffentliche Museen als steuerfinanzierte Einrichtungen des Staates sollten allen Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen.

Denn ihre Sammlungen wurden mit Steuergeldern angekauft und mit ebensolchen restauriert und fachgerecht aufbewahrt. Voraussetzung hierfür ist die kostendeckende Finanzierung der Häuser durch Bund, Länder und Kommunen.

Was bereits für das Alliierten Museum und die Historische Stätte Karlshorst möglich ist, beides sind zu 100% vom Bund finanzierte Einrichtungen und erheben keinen Eintritt, soll durch eine Aufstockung des Bundeszuschusses an die SPK zukünftig auch für die Dauerausstellungen der prominenten Museen in Berlin auf der Museumsinsel gelten, welche so zukünftig gut mit dem Humboldtforum harmonieren, für das nach seiner Eröffnung im Herbst 2019 potentiell keinen Eintritt erhoben werden soll.

Laut Berichtsansforderung vom 06. Juni 2018 verzeichneten die Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 2017 insgesamt ca. 3,5 Millionen Besucher\*innen. Die erhobenen Eintrittsgelder (für Sonder- und Dauerausstellungen) entsprachen ca. 10,4 Prozent der Gesamteinnahmen.

Wir beantragen als Kompensation eine Aufstockung der Bundesmittel für die SPK in Höhe von 40.000 T€, um die durch wegfallende Eintrittsgelder im Etat der SPK entstehende Lücke, sowie eventuell entstehender Mehrkosten für Wach- und Reinigungspersonal zu decken. Außerdem soll mit dieser Aufstockung eine wesentliche Stärkung der museumspädagogischen Arbeit und die hierfür notwendige Einstellung von qualifiziertem Fachpersonal ermöglicht werden. Nur so können die für einen niedrigschwelligen Zugang nötigen Vermittlungsangebote und eine verstärkte Kooperation mit Schulen in ausreichendem Maße abgesichert werden.

Seit Jahren gibt es Versuche, kulturelle Teilhabegerechtigkeit auch durch freien Eintritt zu öffentlichen Museen herzustellen. So gab es in der Vergangenheit in Berlin verschiedene Ansätze, zumindest partiell freien Eintritt zu gewähren, z.B. den Freien Sonntag jeden ersten Sonntag im Monat oder bis 2010 den freien Eintritt an jedem Donnerstagabend bis 22 Uhr. Im aktuellen Koalitionsvertrag von Berlin steht auf S. 125: „Die Koalition setzt sich für eine kostenfreie Zeitspanne für Berliner\*innen für den Besuch öffentlicher Museen in Berlin ein, um finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken. Darüber hinaus wird geprüft, wie ihnen der Zugang zu öffentlichen Kultureinrichtungen noch besser gewährleistet werden kann.“

Auch in vielen deutschen Museen war es bis in die achtziger Jahre hinein üblich, auf Eintrittsgelder zu verzichten, erst mit dem Museumsboom in den achtziger Jahren wurde der Besucher als Geldquelle entdeckt.

In Großbritannien aber kosten die Dauerausstellungen der Museen seit 15 Jahren keinen Eintritt mehr, dennoch freuen sich die britischen Museen nicht nur über mehr,

sondern auch über andere Besucher, d.h. Menschen, die es sich vorher nicht leisten konnten, wie Familien oder jüngere Besucher. Die Museen werden hier zu sozialen Treffpunkten, Bildungserfahrungen inklusive.

Und auch in Deutschland gibt es bundesweit bereits etwa 1.500 Häuser, die keinen Eintritt erheben, das sind 35 % aller Museen, die 2014 auf eine entsprechende Anfrage des Deutschen Museumsbundes geantwortet hatten. Vorrangig sind dies kleinere Einrichtungen mit bis zu 10.000 Besucher\*innen jährlich.

In Deutschland haben in den letzten 3 Jahren zwei große Einrichtungen mit dem Konzept des Freien Eintritts Erfolg gehabt: Die Hamburger Kunsthalle, die nach ihrer Wiedereröffnung 2016 für einen Monat keinen Eintritt erhoben hatte, und das Folkwang Museum in Essen, wo der Eintritt seit 2015 kostenlos ist, die Besucherzahlen haben sich seitdem verdreifacht.

Die Erfahrungen all dieser genannten Beispiele zeigen, dass mit kostenfreiem Eintritt Zugangsbarrieren abgebaut werden können, sich die Besucherzahlen steigern lassen und die Dauerausstellungen der Museen wieder attraktiver werden. Eine der genuinen Aufgaben der Museen, das Sammeln, Erforschen und Bewahren kommt so wieder mehr gegenüber der Dominanz der Sonderschauen zur Geltung und die öffentlichen Museen können Orte sozialer Teilhabe und sozialen Miteinanders für alle werden.

Berlin, den 18. September 2018